



Presseschau vom 03.07.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Benjamin Gollme, Paul Linke: AKK zu KSK: „lax“, „extremistisch“, „toxisch“ - Was die Regierung säte und nun erntet

Das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr (KSK) soll wegen rechtsextremistischer Vorfälle reformiert, die skandalträchtige 2. Kompanie aufgelöst werden. Was dort schiefgelaufen ist und welchen Einfluss die Politik auf diese Entwicklung hatte, erklärt ein einstiges Opfer rechtsradikaler Drohungen aus dem KSK – ein Ex-Bundeswehroffizier. ... <https://sptnkne.ws/CSRk>

de.sputniknews.com: **Pandemie-Medikamenten-Check: Wie gut ist das Covid-19-Medikament Remdesivir?**

Erstmals wird ein Medikament gegen Covid-19 in der EU zugelassen. Die EU-Kommission folgt der Europäischen Arzneimittel-Agentur, die eine Genehmigung unter Auflagen empfohlen hatte. Remdesivir ist umstritten. Es könne schwerkranken Patienten helfen, so ein Experte. Die USA haben sich schon einen Großteil der Produktion gesichert. ... <https://sptnkne.ws/CTc2>

Karin Leukefeld: Syrien: Hunger wird gemacht – Verlogene westliche Spenden und ignorierte Ursachen

Die führenden westlichen Staaten und ihre Verbündeten setzen den Wirtschaftskrieg gegen

Syrien fort. Gleichzeitig geben sie scheinheilig vor, den Menschen in dem kriegsgeschundenen Land helfen zu wollen. Dafür haben sie eine weitere „Geber-Konferenz“ veranstaltet, die Spenden einsammeln sollte. Doch die Gelder sind nicht für alle Syrer bestimmt. ...

<https://sptnkne.ws/CTfw>

Paul Linke: EU in Großmächtekonkurrenz: „Deutschland wird zum Spielball anderer, wenn ...“ - Außenminister Maas

Außenminister Maas hat davor gewarnt, sich aus der Großmächtekonkurrenz, in der sich Europa befände, herauszuhalten. Die USA würden sich aus der „Rolle des Weltpolizisten“ zurückziehen – unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahl. Im Gespräch mit der ausländischen Presse hat er mehr Verantwortung in der Außen- und Sicherheitspolitik gefordert. ...

<https://sptnkne.ws/CTf4>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Per E-Visum nach Russland: Ab 2021 auch für EU-Bürger möglich

Das geplante elektronische Touristenvisum für Russland ist nun unter Dach und Fach. Ab dem 1. Januar 2021 werden EU-Bürger die Visa online beantragen können. Das bestätigte der stellvertretende Außenminister Jewgenij Iwanow in einem Interview.

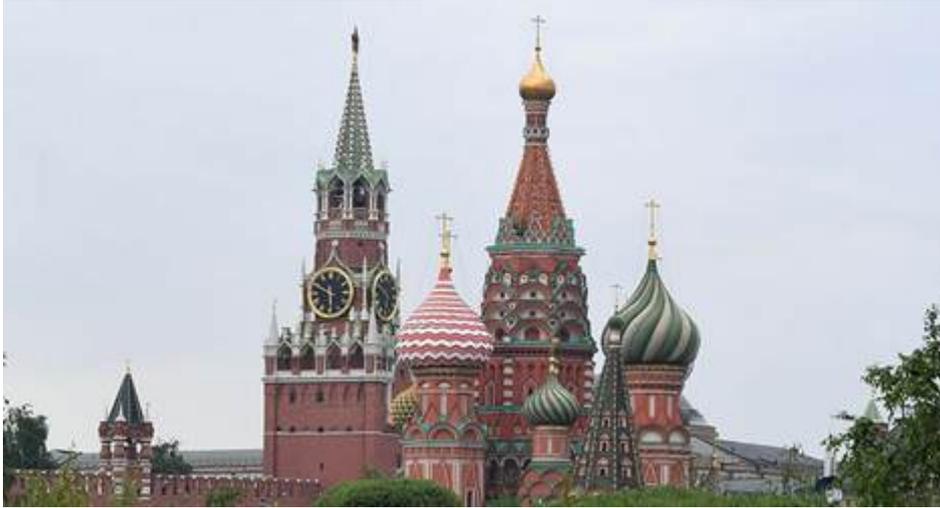
Das entsprechende Gesetz wurde vergangene Woche in erster Lesung von der Duma (Unterhaus des russischen Parlaments) verabschiedet. Touristen könnten ihr Russland-Visum künftig direkt über das Internet beantragen.

Das Verfahren werde Bürgern jener 53 Länder offenstehen, die bereits an den Pilotprojekten im Gebiet Kaliningrad, in St. Petersburg und im Gebiet Leningrad sowie im Fernen Osten teilnehmen. Dazu gehören die EU-Mitglieder, China und Japan – jedoch nicht die USA und Großbritannien.

Ab Oktober vergangenen Jahres durften Bürger aus 53 Ländern online ein kostenfreies Visum für die besagten Regionen beantragen. Der Antrag konnte bis zu vier Tage vor der Einreise gestellt werden. Das ausgestellte Visum war dann 30 Tage gültig.

Das neue Visum soll künftig sogar für eine mehrmalige Einreise verwendbar sein. Zudem ist die Einführung einer App geplant. Diese soll das Erhalten eines Visums noch weiter vereinfachen und ebenfalls der Orientierung seiner Nutzer dienen. So soll sie Touristen etwa Empfehlungen für Hotelbuchungen oder Transferreisen anzeigen.

Die bislang geltenden Einreise- und Visavorschriften werden zuweilen beklagt, da sie einem Russlandbesuch wegen ihres bürokratischen Aufwands und der hohen Kosten oftmals im Weg stehen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32744/77/327447766_0:0:3001:1623_1000x0_80_0_1_ae858fccc23ac0642c18c4a640c6b564.jpg

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**
Heute haben Kriegsverbrecher der 54. mechanisierten Brigade unter unmittelbarem Kommando Majstrenkos einen weiteren Akt der Aggression gegen friedliche Einwohner unternommen.

Um 18:00 Uhr haben ukrainische Besatzer unter Einsatz von 82mm-Mörsern und Antipanzergranatwerfern das Gelände der **Wasiljewker Pumpstation** erster Ebene der Jushno-Donbasskij-Wasserwerke beschossen. Das Arbeitspersonal war gezwungen, den Schutzraum aufzusuchen, dank dessen wurde keiner der Mitarbeiter der Station verletzt. Da sie mit ihren Handlungen über große Freizügigkeit genießt, schafft die ukrainische Seite bewusst Voraussetzungen für eine humanitäre Katastrophe. Ein Einstellung der Funktion der Pumpstation würde dazu führen, dass mehr als eine halbe Million Einwohner auf beiden Seiten der Abgrenzungslinie in der heißen Jahreszeit kein Wasser hätten.

Wir rufen die internationalen Organisationen, insbesondere die OSZE, auf, nicht ein weiteres Mal die Augen vor den Verbrechen der ukrainischen Truppen zu verschließen und diese objektiv und prinzipiell zu bewerten.

de.sputniknews.com: **„Nicht länger unerwünscht“: Venezuelas Regierung macht Ausweisung von EU-Botschafterin rückgängig**

Die venezolanische Regierung hat am Donnerstag die Ausweisung der EU-Botschafterin in Caracas, Isabel Brillhante Pedrosa, zurückgenommen. Darauf einigten sich der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell und der venezolanische Außenminister Jorge Arreaza bei einem Telefonat.

Wie das venezolanische Außenministerium mitteilte, gilt Isabel Brillhante Pedrosa nicht länger als unerwünschte Person.

Beide Seiten seien sich in einem gemeinsamen Kommuniqué einig, dass es notwendig sei, die diplomatischen Beziehungen aufrechtzuerhalten, twitterte Arreaza.

Am Montag hatte die Regierung in Caracas die EU-Botschafterin zur „persona non grata“ erklärt und des Landes verwiesen. Sie reagierte damit auf neue Sanktionen der Europäischen Union gegen Unterstützer des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro.

Betroffen sind elf Amtsträger, denen eine Beteiligung an Handlungen gegen die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vorgeworfen wird. Sie sollen zum Beispiel dafür gesorgt haben, dass Mitglieder der Nationalversammlung (Venezuelas Parlament) politisch verfolgt werden können oder für Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit verantwortlich sein. Sie wurden mit EU-Einreiseverboten und Vermögenssperren belegt. ...

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am w. Juli wurde ein Feuerangriff von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine auf das Territorium der LVR festgestellt. Aus Richtung Nowgorodskoje wurde **Golubowskoje** mit einem großkalibrigen Maschinengewehr beschossen. Infolge des Beschusses von Seiten der BFU wurden drei Wohnhäuser in Golubowskoje beschädigt.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie gerade mitgetelt wurde, haben die BFU heute Morgen das Feuer in Richtung **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks)** mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm eröffnet.

Infolge des Beschusses wurden acht **Lecks in der zentralen Wasserleitung „Gorlowka – Dershinsk“**, mit der die Trinkwasserversorgung erfolgt, festgestellt.

Außerdem ist den zweiten Tag hintereinander das Gelände der **Wasiljewker Pumpstation** erster Ebene der Jushno-Donbasskij-Wasserwerke unter das Feuer der BFU geraten. Im Zusammenhang mit der Gefahr für Leben und Gesundheit war das Personal gezwungen den Schutzraum aufzusuchen.

Die Vertretung der DVR im GZKK hat zusätzliche Sicherheitsgarantien bei der ukrainischen Seite im GZKK zur Einrichtung eines nachhaltigen Regimes der Ruhe angefragt.

Durch glücklichen Zufall konnten Opfer unter der Zivilbevölkerung vermeiden werden. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Impfstoffprobe gegen Covid-19: So geht es den Freiwilligen in Russland zwei Wochen später

Russlands Verteidigungsministerium hat bekanntgegeben, wie sich die Freiwilligen fühlen, die sich an der Erprobung eines Impfstoffes gegen das Coronavirus beteiligen.

Nach zwei Wochen fühlen sich die Freiwilligen wohl, so der Pressedienst des Ministeriums. Die Teilnehmer aus der ersten Gruppe, denen eine von zwei Komponenten des Impfstoffes am 18. Juni verabreicht worden war, fühlten sich gut und hätten keine Beschwerden. Im Laufe der zwei Wochen Die Freiwilligen aus der zweiten Gruppe, denen die erste Komponente am 23. Juni gespritzt worden war und die 20 Tage später die zweite Komponente erhalten sollen, seien ebenfalls wohlauf. Es gebe weder Komplikationen noch Nebenwirkungen zu beklagen. Am 18. Juni sind die ersten Freiwilligen nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums im Burdenko-Militärhospital in Moskau gegen Corona geimpft worden.

Das russische Verteidigungsministerium hatte Anfang Juni bekannt gegeben, dass zwei Gruppen von Freiwilligen ausgewählt worden seien, an denen ein Impfstoff gegen Sars CoV-2 erprobt werden soll.

Die erste Gruppe bildeten Armeeangehörige, die zweite freiwillige Bürger. Das Experiment soll bis Ende Juli abgeschlossen werden.

Die Erprobung des Impfstoffs gegen das Coronavirus wird vom russischen Verteidigungsministerium und Moskauer Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie durchgeführt. ...

Dan-news.info: Während der Zeit des Konflikts im Donbass, seit Juni 2014, wurden 14.300 Akkreditierungen von Journalisten erteilt, davon 5100 ausländische aus 45 Ländern, teilte das Informationsministerium der DVR mit.

Im laufenden Jahr wurden bisher 717 Akkreditierungen erteilt, davon 139 für ausländische

Massenmedien.

Interesse an den Ereignissen in der DVR zeigen insbesondere Journalisten aus Großbritannien, Deutschland, Russland, den USA, der Türkei und Frankreich.

de.sputniknews.com: **Esper informiert Kramp-Karrenbauer über geplanten Truppenabzug aus Deutschland**

US-Verteidigungsminister Mark Esper hat in einem Telefongespräch seine deutsche Amtskollegin Annegret Kramp-Karrenbauer über die Abzugspläne von 9500 amerikanischen Soldaten aus Deutschland informiert. Eine entsprechende Pressemitteilung wurde auf der Pentagon-Webseite publik gemacht.

Darüber hinaus besprachen sie, dass jegliche Pläne der USA „der Rückversicherung der europäischen Verbündeten dienen müssten, der verstärkten Abschreckung gegen Russland sowie der Stärkung der Nato“.

„Der Minister hat das ständige Engagement der USA für die transatlantische Allianz und unsere langfristige Partnerschaft mit Deutschland bekräftigt.“

Esper und Kramp-Karrenbauer verständigten sich, im Zuge der Entwicklung von Plänen in den nächsten Wochen im engen Kontakt zu bleiben.

US-Soldaten in Deutschland willkommen

Kramp-Karrenbauer erklärte laut Ministerium nach dem Gespräch: „US-Soldatinnen und Soldaten sind in Deutschland willkommen, sie dienen natürlich auch der Sicherheit der USA im Rahmen der Nato. Alles Weitere ist im Bündnis zu besprechen.“

Pläne zu US-Truppenabzug aus Deutschland

Zuvor hatte der US-Staatschef versprochen, die Zahl der US-Soldaten in Deutschland auf 25.000 zu reduzieren. Zudem zeigte sich Trump darüber empört, dass „Deutschland Russland Milliarden von US-Dollar für Energie zahlt und die Vereinigten Staaten sie (die Deutschen – Anm. d. Red.) vor Russland schützen müssen“.

US-Präsident Donald Trump erklärte später in einer Pressekonferenz, einen Teil davon wolle er nach Polen verlegen. Warschau habe sich bereit erklärt, für die US-Truppen im Land zu bezahlen, so Trump.

Trump verwies darauf, dass Polen neben den USA zu den acht Nato-Staaten gehöre, die das Zwei-Prozent-Ziel des Bündnisses erfüllen. Deutschland bezahle dagegen nur einen Bruchteil davon. Trump hatte in der Vergangenheit wiederholt kritisiert, dass Deutschland für seine Sicherheit zu wenig Geld in die Nato-Kasse einzahle. Deutschland hat die Ausgaben in den vergangenen Jahren deutlich gesteigert, lag aber 2019 dennoch erst bei einem BIP-Anteil von 1,38 Prozent.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32607/85/326078519_0:8:3079:1673_1000x0_80_0_1_8953d9f13743c3032c7a005ddf5ace8a.jpg

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**
Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter zielgerichtet Wohngebiete und Infrastruktur unserer Republik.

Kämpfer des 137. Bataillons der 35. Brigade haben das Feuer auf die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit 120mm- und 82mm-Mörsern eröffnet und 39 Geschosse abgefeuert. Infolge des Beschusses wurden acht Lecks in der zentralen Wasserleitung „Gorlowka – Dershinsk“ festgestellt, durch die die Trinkwasserversorgung von Einwohnern auf beiden Seiten der Kontaktlinie erfolgt.

Dank der professionellen Handlungen unserer Verteidiger wurde die **Feueraktivität des Gegners rechtzeitig unterdrückt**. Im Ergebnis adäquater erwidender Maßnahmen wurde die Feuerstellung des Gegners vernichtet, drei Kämpfer wurden verletzt, einer davon, der Soldat Masson, ist in ernstem Zustand. Außer Verlusten unter dem Personal fügten die Verteidiger der Republik dem Gegner materiellen Schaden zu, durch eine Luftabweereinheit wurde eine **Drohne von Typ „Mavic“ vernichtet**, mit der der Gegner versuchte die Feuerleitung durchzuführen.

Wir wollen daran erinnern, dass der Gegner, da er keinen Erfolg an der Kontaktlinie hat, zu einer aktiven Phase des Terrors gegen die Zivilbevölkerung übergegangen ist. Den zweiten Tag hintereinander versuchen die ukrainischen Kämpfer eine humanitäre Katastrophe zu provozieren. Wir wie schon mitgeteilt haben, haben Kämpfer der 54. Brigade am 2. Juli um 18:00 das Gebiet der Wasiljewker Pumpstation erster Ebene der Jushno-Donbasskij-Wasserwerke beschossen. Das Arbeitspersonal war gezwungen, den Schutzraum aufzusuchen, dank dessen wurde keiner der Mitarbeiter der Station verletzt.

Wir erinnern das Kommando der ukrainischen Kämpfer daran, dass kein einziges Verbrechen gegen unserer Heimat unbestraft bleiben wird und die Bemühungen der Kriegsverbrecher von unseren Verteidigern fest unterbunden werden.

Wir raten dem Kommando der Besatzungskräfte, die Aufmerksamkeit auf die verbrecherischen Handlungen ihrer Untergebenen zu richten, unter denen friedliche Einwohner des Donbass leiden.

de.sputniknews.com: **Gericht in Kolumbien setzt Genehmigung für Mission einer US-Militärbrigade aus**

Ein Gericht in Kolumbien hat den Einsatz von US-Truppen im Land ausgesetzt. Dies berichtete die kolumbianische Zeitung „El Tiempo“ am Donnerstag (Ortszeit).

Das Verwaltungsgericht von Cundinamarca ordnete demnach an, dass die rechtliche Wirkung der Genehmigung jeglicher Aktivitäten der Elitebrigade des US-Militärs ausgesetzt wird, die Anfang Juni zur Unterstützung der Drogenhandel-Bekämpfung und Ausbildung der einheimischen Kräfte in Kolumbien eingetroffen war.

Somit hat das Gericht einer Klage einer Gruppe von Kongressabgeordneten stattgegeben.

Nach Ansicht der Justiz liege eine Genehmigung der Einreise ausländischer Truppen auf kolumbianisches Territorium in der Verantwortung des Senats der Republik und falle in die Zuständigkeit des Staatsrats – des höchsten Verwaltungsgerichts des Landes. Die Mission der sogenannten Security Force Assistance Brigade (SFAB) war von Präsident Iván Duque genehmigt worden.

Nun soll Staatschef Duque innerhalb von 48 Stunden dem Senat alle Informationen und Hintergründe im Zusammenhang mit der Ankunft und dem Verbleib der Brigade übermitteln. Auch die Wirkungen der Genehmigung für jegliche Tätigkeit des ausländischen Militärs wird für 48 Stunden ausgesetzt.

Bereits vor einigen Wochen hatte der Vorsitzende des kolumbianischen Staatsrates, Álvaro Námén Vargas, den Präsidenten darum ersucht, Bericht über die Ankunft ausländischer Militärangehöriger zu erstatten. Námén Vargas verwies unter anderem auf die verfassungsrechtliche Notwendigkeit der Beteiligung des Staatsrates.

Laut Verteidigungsminister Carlos Holmes Trujillo wird die Regierung dem Gerichtsbeschluss folgen. Der Beschluss soll allerdings angefochten werden, weil die Arbeit der Berater und Ausbilder der nordamerikanischen Brigade nach den Verfassungsnormen keiner Genehmigung durch den Senat bedarf.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 1. Juli 3:00 Uhr bis 2. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen von Seiten der BFU 7.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Donezk (Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks, Volvo-Zentrum).**

Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine gestern eine Kamera eines technischen Komplexes zur Erfassung und Beobachtung der OSZE-Mission vernichtet.

Zu diesem Fall sowie zu vorgehenden Fällen des Beschusses von technischen Mitteln der Mission hat die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess entsprechende Ermittlungen durchgeführt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 17.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 125.

Ab 01:01 am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Verfassungsänderungen in Russland: Zentrale Wahlkommission bestätigt Ergebnisse der Abstimmung

Die Zentrale Wahlkommission Russlands hat am Freitag die Ergebnisse der Abstimmung über Verfassungsänderungen bestätigt.

„Den Ergebnissen der russlandweiten Abstimmung über Verfassungsänderungen in Russland zufolge (...), bei der mehr als die Hälfte der Wahlteilnehmer dafür stimmten, gelten die Änderungen als gebilligt“, zitierte die Chefin der Zentralen Wahlkommission, Ella Pamfilowa, die offizielle Erklärung.

Die Zentrale Wahlkommission hat das Ergebnisprotokoll unterzeichnet.

77,92 Prozent der Wählerstimmen in Russland haben nach Auszählung von 100 Prozent der Wahlzettel die größte Verfassungsänderung in der Geschichte des Landes unterstützt. Knapp 21,27 Prozent stimmten laut Angaben der Zentralen Wahlkommission Russlands dagegen.

Die Wahlbeteiligung wurde mit 65,28 Prozent angegeben. Die Volksabstimmung fand landesweit vom 25. Juni bis zum 1. Juli statt. Sie war ursprünglich für den 22. April geplant, musste allerdings auf Grund der Corona-Pandemie verschoben werden.

Die neue Verfassung beinhaltet viele soziale Versprechen wie etwa eine jährliche Rentenanpassung. Gegner der Verfassungsreform kritisieren diese jedoch als Versuch Putins, seine Macht zu erhalten. In dem neuen Grundgesetz steht zwar, dass kein Präsidentschaftskandidat mehr als zwei Mal das höchste Amt bekleiden darf. Doch der

amtierende Präsident wäre nicht von der neuen Regelung betroffen, da diese nicht rückwirkend gilt: Putin könnte also 2024 erneut kandidieren.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32744/41/327444108_0:57:3072:1719_1000x0_800_1_1cf76a3bc84b798a145e51f5869fba15.jpg

Mzdnr.ru: Am 2. Juli wurden in der DVR 17 neue Fälle von Coronavirusinfektionen registriert, teilt das Gesundheitsministerium mit.

Alle Fälle sind Kontaktpersonen zu zuvor Infizierten, darunter vier medizinische Beschäftigte. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

Nach zwei negativen Tests wurden 14 Personen als gesund entlassen.

Außerdem gibt es zwei Todesfälle, ein 71 Jahre alter Mann und eine 80 Jahre alte Frau.

Am 3. Juli um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 1211 Fälle von Infektionen registriert. 603 Patienten sind derzeit in Behandlung, 533 als gesund entlassen, es gibt 75 Todesfälle.

Lug-info.com: Am 3. Juli um 9:00 sind in der LVR 518 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

Davon sind 452 nach zwei negativen Tests als gesund entlassen. Es gibt 13 Todesfälle.

de.sputniknews.com: Syrien erhält zehn Tonnen medizinische Hilfe aus Indien – Sana

Indien hat zehn Tonnen medizinische Hilfe an Syrien übergeben. Dies meldet am Freitag die Nachrichtenagentur Sana.

An Bord der Maschine der syrischen Fluggesellschaft Syrian Air, die aus Neu-Delhi kam, befanden sich syrische Studenten und zehn Tonnen medizinische Hilfsgüter, die zum Kampf gegen das Coronavirus vorgesehen sind.

Laut Sana kehrten zudem 250 syrische Studenten in ihr Heimatland zurück, die Indien wegen der Corona-Pandemie nicht verlassen konnten. Ende Juni landete am Flughafen Damaskus die erste Maschine mit Studenten an Bord.

Diesmal wurde das Flugzeug mit der Hilfe aus Indien vom syrischen Vizeaußenminister Faisal al-Miqdad (oder Mekdad) und vom indischen Botschafter in Syrien empfangen.

In Syrien sind seit Juni Probleme mit der Produktion von Medikamenten wegen Komponentenmangel zu beobachten, der mit den neuen US-Sanktionen gegen Syrien verbunden ist. Damaskus führt derzeit Verhandlungen mit Indien, China, Russland, dem Iran und anderen Ländern über die Lieferung von alternativen Arzneimitteln oder Komponenten für deren Herstellung in Syrien.

US-Sanktionen

US-Präsident Donald Trump hatte Ende 2019 ein Gesetz unterzeichnet, das heute als Cäsar-Gesetz bekannt ist. Das Dokument trat am 1. Juni in Kraft. Es sieht Sanktionen vor, die faktisch alle Bereiche der syrischen Wirtschaft betreffen. Die Sanktionsliste wurde am 17. Juni erweitert. Die Restriktionen betreffen nun 14 Personen, darunter die Ehefrau des syrischen Präsidenten Baschar Assad, Asma, und seine Schwester Bushra, sowie 21 Organisationen. Dazu gehören auch russische und iranische Strukturen, die in Syrien tätig sind.

Caesar Act

Der sogenannte Caesar Act wurde in den US-Militäretat für 2020 (Beginn am 1. Oktober 2019) aufgenommen. Er sieht vor, dass Washington nun weltweit Strafmaßnahmen gegen Personen und Firmen verhängen kann, wenn sie mit Syriens Regierung oder den neu sanktionierten Personen Geschäfte machen. Die USA hatten im Frühjahr 2011 erstmals direkte Sanktionen gegen Syriens Machthaber beschlossen.

Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 3. Juli 2020

Nach genaueren Informationen gibt es infolge des verbrecherischen Beschusses durch die bewaffneten Formationen der Ukraine **Opfer unter der Zivilbevölkerung.**

Nach der Vernichtung der Drohne, die das Mörserfeuer der BFU leitete, versuchten die Kämpfer der 35. Marineinfanteriebrigade, die die Orientierung verloren hatten, den Beschuss blind fortzusetzen, dabei trafen einige Mörsergeschosse auf den nördlichen Rand von **Sajzewo**. Eines der Geschosse, das von den Feuerpositionen des 137. Bataillons der 35. Marineinfanteriebrigade abgefeuert wurde, traf den Hof eines Wohnhauses, in dem sich zu diesem Zeitpunkt eine örtliche Einwohnerin, geb. 1940, aufhielt. Die **Frau starb an ihren Verletzungen.**

Im Versuch, die Verantwortung für die verbrecherischen Handlungen der eigenen unkontrollierten bewaffneten Formationen abzuschieben, beschuldigte das Kommando der Besatzungskräfte die Einheiten der Volksmiliz des Todes der Zivilistin, dabei wird in der morgendlichen Erklärung des Stabs der OOS kein Beschuss unserer Einheiten in dieser Richtung angegeben, was ein weiteres Mal davon zeugt, dass vom Stab der OOS Falschinformationen verbreitet werden, um die verbrecherischen Handlungen seiner Einheiten gegenüber der Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Pentagon über Pekings Militärübungen im Südchinesischen Meer besorgt

Das Pentagon hat sich über Chinas Entscheidung, am 1. und 5. Juli Militärübungen auf den Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer zu veranstalten, besorgt gezeigt.

„Das Gebiet, wo die Übungen stattfinden sollen, umfasst Gewässer und ein Territorium, die umstritten sind. Die Durchführung von Militärübungen in der umstrittenen Region des Südchinesischen Meeres ist kontraproduktiv in Bezug auf die Bemühungen, Spannungen abzubauen und die Stabilität aufrechtzuerhalten“, heißt es in dem Bericht des US-Verteidigungsministeriums.

Darüber hinaus würde dieser Schritt gegen die Verpflichtungen Chinas aus der Deklaration um das Südchinesische Meer von 2002 verstoßen, wonach die Seiten keine Schritte unternehmen sollten, um den Streit zu verschärfen oder zur Verschlechterung des Friedens und der Stabilität beizutragen.

„Das Verteidigungsministerium wird die Situation weiterhin überwachen – in der Erwartung,

dass China die Militarisierung und den Druck auf die Nachbarn im Südchinesischen Meer verringert. Wir fordern alle Seiten nachdrücklich auf, sich in Zurückhaltung zu üben und keine militärischen Maßnahmen zu ergreifen, die die Widersprüche im Südchinesischen Meer verschärfen könnten“, heißt es im Dokument.

Die ostasiatischen Länder China, Japan, Vietnam und die Philippinen stehen wegen der Seegrenzen und Verantwortungszonen im Süd- und Ostchinesischen Meer miteinander im Konflikt. Laut China machen sich Länder wie der Vietnam und die Philippinen bewusst die Unterstützung der Vereinigten Staaten zunutze, um die Spannung in der Region anzuheizen. Die USA sind der Ansicht, dass Peking künstliche Inseln baue, sie zu militärischen Objekten umfunktioniere und seine Territorialgewässer durch künstlich gewonnenes Land erweitere. Die Vereinigten Staaten pochen auf das Recht des freien Schiffsverkehrs in diesem Gebiet. China weist die vonseiten der USA lautgewordenen Vorwürfe zurück.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/30825/52/308255230_0:0:5123:2771_1000x541_80_0_0_9e52f82309898544a67f6ddfea6a44a4.jpg

mil-lnr.info: Dringende Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 3. Juli 2020

Die ukrainischen Terroristen haben wieder hinterhältig von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen gegen die Zivilbevölkerung der LVR eingesetzt.

Kämpfer der 93. Brigade der BFU haben aus Richtung Nowotoschkowskoje **Golubowskoje** und **Beresowskoje** mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen beschossen.

Insgesamt hat der Feind 15 Mörsergeschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert. Den Befehl zur Eröffnung des Feuers erteilte der Kriegsverbrecher und Kommandeur der 93. Brigade Bryshinskij.

Infolge der Beschießungen wurden zwei Wohnhäuser in Beresowskoje in der Kirowstraße 34 und 24 beschädigt, außerdem **erlitt eine Frau**, geb. 1967, wohnhaft in Golubowskoje, Schirokaja-Straße 21, **Streifverletzungen am Kopf**. Die Verletzte erhielt operativ ärztliche Hilfe.

Zusätzliche Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Durch adäquate Maßnahmen unserer Verteidiger wurde **eine Mörsermannschaft** vernichtet. Nach vorläufigen Informationen betragen die Verluste des Gegners zwei Tote, einen Verletzten, außerdem wurde ein 120mm-Mörser vernichtet.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss werden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der LVR übergeben, um sie dem Strafverfahren gegen den Kommandeur der 93. Brigade der BFU Bryshinskij hinzuzufügen.

Wir rufen die Vertreter der internationalen Organisationen auf, die Fälle von Verbrechen der ukrainischen Seite gegen die Bevölkerung des Donbass zu erfassen.

de.sputniknews.com: **Finnland: Luftwaffe entfernt nach über hundert Jahren Hakenkreuz von Flugzeugen und Uniform**

Von Bolle Selke

Ohne viel Aufhebens hat die finnische Luftwaffe das Hakenkreuzsymbol aus seinem Dienstaussweis und Logo entfernt. Das Symbol wird seit über einem Jahrhundert von Einheiten der Luftwaffe verwendet.

Zwischen 1918 und 1945 war das Hakenkreuz das offizielle Symbol der finnischen Luftwaffe. Es wurde mit der Gründung der Luftwaffe eingeführt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es in eine weiß-blaue Flagge geändert. 2002 wurde der goldene Adler das offizielle Logo, einige Einheiten und Flugzeuge verwendeten aber weiterhin das Hakenkreuzsymbol.

Stillschweigend und ohne offizielle Ankündigung hat die finnische Luftwaffe nun nach mehr als hundert Jahren die letzten Hakenkreuzsymbole von ihren Flugzeugen und Uniformen entfernt. Dem Politikprofessor Teivo Teivainen, der an der Universität Helsinki zur Verwendung des Symbols in Finnland in den Zwanziger- und Dreißigerjahren forscht, war die Veränderung diese Woche aufgefallen.

Ein goldener Adler ersetze jetzt überall das Swastika, teilte die Armee mit, zuerst hatten finnische Medien von der Veränderung berichtet. Die Entscheidung dafür sei bereits im Jahr 2017 getroffen worden.

Im Zweiten Weltkrieg hatten die Finnen mit den Achsenmächten gegen die Sowjetunion gekämpft, während des Lapplandkriegs 1944 aber auch gegen Deutschland.

Ausländer hätten das Hakenkreuz häufig mit Nazideutschland in Verbindung gebracht, obwohl es „einen ganz anderen Hintergrund habe“, sagte Armeesprecher Henrik Gahmberg der Nachrichtenagentur AFP.

Das auch Swastika genannte Hakenkreuz wurde von den Nationalsozialisten in Deutschland verwendet und wird bis heute mit der NS-Zeit assoziiert. Abwandlungen davon finden sich aber bereits seit der Antike auch im Hinduismus und anderen indogermanischen Religionen.

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 27. Juni bis 3. Juli 2020

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK hat der Gegner **in den letzten 24 Stunden dreimal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Der Gegner hat das Feuer mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Antipanzergrenatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf das Territorium unserer Republik eröffnet.

In Richtung Donezk haben Strafruppen der 79. Brigade auf Befehl von Luzenko die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks und Alexandrowka** mit 82mm-Mörsern, Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Kämpfer der 54. Brigade unter Leitung des Kriegsverbrechers Majstrenko haben **Wasiljewka** mit 82mm-Mörsern und Antipanzergrenatwerfern beschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die ukrainischen Strafruppen **zehnmal das Feuer auf unsere Republik eröffnet** und zielgerichtet die Zivilbevölkerung terrorisiert.

In Richtung Gorlowka haben Kämpfer der 35. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Palas 39 Mörsergeschosse mit 120mm- und 82mm-Mörsern auf die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** abgefeuert. Durch das Feuer des Gegners wurde die zentrale Wasserleitung „Gorlowka – Dsershinsk“ beschädigt, durch die die

Trinkwasserversorgung von Einwohnern auf beiden Seiten der Kontaktlinie erfolgt
Strafruppen der 24. Brigade unter Leitung von Guds haben **Sajzewi (jushnonje)** mit 82mm-Mörsern beschossen.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 54. Brigade einen verbrecherischen Befehl Majstrenkos ausgeführt und **Mineralnoje, Kaschtanowoje und Wasiljewka** mit 82mm-

Mörsern und Antipanzergranatwerfern beschossen.

Straftruppen der 79. Brigade haben das **Gelände des Volvo-Zentrums** mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

Kämpfer der 53. Brigade haben in Ausführung eines Befehls von Titenko **Dokutschajewsk** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Durch erwidertes Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurden die **Feuerstellungen des Gegners unterdrückt**, drei Strafsoldaten wurden verletzt, **eine Drohne des Gegners wurde vernichtet**.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss wurden an die Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure Luzenko, Palas, Guds und Titenko hinzuzufügen.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, den Fall eines weiteren Verbrechens der ukrainischen bewaffneten Formationen zu erfassen und von der Ukraine die Bestrafung der daran Schuldigen zu erreichen.

Den Kämpfern der Ukraine empfehlen wir nachdrücklich, von Beschuss und Provokationen Abstand zu nehmen und das Regime der Feueinstellung einzuhalten, um ihr eigenes Leben zu bewahren.

In der letzten Woche haben die BFU 36-mal das Regime der Feueinstellung verletzt, darunter auch mit verbotenen Waffen. Auf die Gebiete von **zwölf Ortschaften** der Republik hat der Gegner 214 verbotene Geschosse abgefeuert, darunter 105 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm und 101 Geschosse mit verschiedenen Arten von Granatwerfern.

Alle Informationen werden mit Foto- und Videomaterialien an die Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, übermittelt sowie an die Generalstaatsanwaltschaft übergeben, um Strafverfahren gegen die Kriegsverbrecher Guds, Palas, Mischantschuk, Luzenko, Majstrenko, Gontscharuk und Subanitsch einzuleiten.

Der Gegner stationiert weiter Waffen und Militärtechnik auf dem Gebiet von Objekten der zivilen Infrastruktur und gefährdet so friedliche Einwohner.

In der letzten Woche hat unsere Aufklärung folgende Stationierungen festgestellt:

10. Gebirgss Sturmbrigade:

in Talakowka – zwei Schützenpanzer;

in Pawlopol – ein Schützenpanzer;

in Tschernenko ist ein Abwehrgeschütz unter einem Tarnnetz stationiert;

in Wodjanoje – unter einem Tarnnetz auf dem Gebiet eines privaten Hauses ein Schützenpanzer;

in Pischtschewik – ein Schützenpanzerwagen;

24. mechanisierte Brigade:

in Artjomowsk – drei Abwehrgeschütze „Tunguska“ und ein Abwehrraketenkomplex „Strela-10“;

54. mechanisierte Brigade:

in Krasnoarmejsk – ein Antipanzergeschütz „Rapira“, 12 T-64-Panzer, zehn Haubitzen „Msta-B“ und „D-20“, ein Abwehrraketenkomplex „Strela-10“;

in Werchnetorezkoje – ein Schützenpanzer;

in Nowobachmutowka – ein Panzertransporter;

35. Marineinfanteriebrigade:

in Nowobachmutowka ein Panzertransporter in einem Hangar auf dem Gebiet von landwirtschaftlichen Lagern;

57. Panzergrenadierbrigade:

in Memrik – eine Radarstation zur Entdeckung von Zilen 1RL132 P-19 „Dunaj“;

53. mechanisierte Brigade:

in Nowognatowka – ein Schützenpanzer;

in Starognatowka in einem Hangar auf dem Gebiet von landwirtschaftlichen Lgern ist ein Schützenpanzer stationiert;

in Kalinowo ein gepanzertes Reparatur- und Bergungsfahrzeug im Hof eines Wohnhauses. Wir rufen die Einwohner auf, die auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium des Donbass leben, die Stationierung von Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe ihrer Häuser von von Objekten der zivilen Infrastruktur nicht zuzulassen und über alle entdeckten Fälle Beobachter der OSZE-Mission zu informieren.

In den Marinestreitkräften der Ukraine kommt man nach dem Austausch des führenden Personals bereits seit einem Monat nicht mit der Ausstattung mit Waffen und Militärtechnik der Marineinfanterieeinheiten zurecht. So hat der kürzlich ernannte Kommandeur der Marinestreitkräfte der Ukraine Nejschpapa eine Besprechung zu Fragen des Verlustes von militärischem Material durchgeführt, bei der die Hauptfrage die fehlende Ausstattung der 35. Marineinfanteriebrigade mit Technik und Waffen war. Zuvor hatte eine Kommission des Stabs der OOS, die die 35. Brigade in operative Unterstellung genommen hatte, festgestellt, dass die Akten bezüglich der Bereitschaft der Marineinfanteriebrigade zum Abmarsch in die OOS-Zone formal erstellt wurden, der Brigadekommandeur Palas verheimlichte vorsätzlich Fehlbestände, weil er eine Abmahnung wegen fehlender Gefechtsbereitschaft der Brigade befürchtete. Die Ausstattung der Brigade beträgt 65%, die Funktionsfähigkeit der Waffen und Militärtechnik weniger als 70%, dabei wurden die für die Bataillone vorgesehenen Panzerfahrzeuge „Warta“ und BTR-7 „Saschtschitnik“ gegen Lastwagen Ural und KrAS ausgetauscht, die nicht zum Schutz des Personals bei der Ausführung von Kampfaufgaben ausgerüstet sind.

Der Kommandeur der Luftstreitkräfte der Ukraine Drosdow plant im Zeitraum vom 7. bis 9. Juli eine zweiseitige Kommandoübung von Einheiten der Luftwaffenkommandos „Ost“ und „Zentrum“ durchzuführen, zu denen Vertreter der Streitkräfte der USA und der NATO eingeladen sind. Nach dem Plan Drosdows wird für die ausländischen Gäste eine Demonstration der Fertigkeiten der Hubschrauberpiloten und des Personals der Luftsturmkräfte beim Absprung aus äußerst geringen Höhen am sehenswertesten sein. So stürzte bei der Vorbereitung auf die Übungen beim Absprung von einem MI-8-Hubschrauber wegen Schäden an der „Adapter“-Ausrüstung der Feldwebel Kusmizkij ab und wurde verletzt. Der Leiter des Trainings der Leiter der Logistikabteilung des Kommandos der Luftstreitkräfte Kiritschenko konnte diesen Vorfall wegen der für eine Ermittlungen anwesenden Vertreter des militärischen Rechtsordnungsdienstes nicht verheimlichen.

Insgesamt wurden seit Beginn dieses Jahres bei Trainings zum Absprung 19 ukrainische Soldaten unterschiedlich schwer verletzt. Die Verletzung des Soldaten Iwaschin bei einem fallschirmlosen Absetzen von Luftstreitkräften im Gebiet von Drushkownka war der letzte Fall, nach dem der Kommandeur der Luftsturmkräfte der Ukraine Mojsjuk die Übungen zum Absetzen von Luftstreitkräften einstellte. Gegen alle Funktionsträger, die für die Fallschirmausbildung verantwortlich sind, wird eine Ermittlung durchgeführt.

Ukrainische Nationalisten konzentrieren weiter ihre Kräfte in der OOS-Zone. So erfolgte Ende Juni auf dem Territorium einer Ausbildungs- und Trainingsbasis des Regiments der Nationalgarde „Asow“ in Kiew der Abschluss einer Absolventengruppe von 40 Rekruten. Das Bataillons „Asow“ unter Leitung von Prokopenko, das sich aktiv mit der Heranziehung von Jugendlichen und der Propagierung eines radikalen Nationalismus befasst, hat die Absolventen der Kurse in die OOS-Zone entsandt. Wir erwarten, dass Provokationen an der Kontaktlinie von Seiten der Nationalisten möglich sind, damit die unerfahrenen Rekruten Kampferfahrung sammeln, außerdem ein Wiederaufkommen von Konflikten mit Einheiten der ukrainischen Streitkräfte.

Nach einem kurzen „Probelauf“ der Rekruten in der OOS-Zone plant die Führung von „Asow“, sie in **Aktionen zur Beseitigung von Mitgliedern politischen Parteien, die die derzeitige Regierung und Selenskij persönlich behindern**, einzusetzen.

Außerdem verfügen wir über Informationen, dass Kämpfer von „Asow“ bereits mit einer Agitation unter jungen Menschen in den westlichen Regionen der Ukraine begonnen haben und über den Beginn einer neuen Auswahl im August dieses Jahres informieren.

Uns wurde bekannt, dass auf Anweisung des stellvertretenden Vorsitzenden des SBU Konanenko **zwei Gruppen mit je 60 ukrainischen Nationalisten aus dem „Rechten Sektor“ und des „Nationalen Korps“ Kiew und Dnjepr verlassen haben und Richtung Weißrussland gefahren sind, um an Veranstaltungen zum Tag der Unabhängigkeit der Republik Weißrusslands teilzunehmen** und die weißrussischen Nationalisten bei der Durchführung spontaner Protestaktionen und der Destabilisierung der Lage zu unterstützen. Eine der Gruppe, die vom Mitarbeiter des SBU Plachotnjuk betreut wird, hat im März dieses Jahres eine Ausbildung auf einem Militärbungsplatz in der Oblast Dnjepr durchlaufen, wo der Leiter der Übungen Stadinskij die psychologischen Grundlagen der Arbeit mit der Bevölkerung, die Organisationen von Kundgebungen und Protestaktionen vermittelte. Die Grenzschilder der Ukraine haben bereits Anweisungen zum unbehinderten Passierenlassen dieser Gruppen mit den Nummern von Bussen erhalten.

Nach uns vorliegenden Informationen haben die Radikalen vor, Schreckschuss- und Schusswaffen, Brandfeuerwerkskörper und Rauchbomben nach Weißrussland zu bringen.

Die ukrainischen Nationalisten sind ein Instrument von **Vertretern des Fonds „Wiedergeburt“, der durch den amerikanischen Geschäftsmann Soros finanziert wird**, der die Interessen von Personen vertritt, die an einem Wechsel der weißrussischen politischen Führung interessiert sind. Die Kämpfer des „Nationalen Korps“ und des „Rechten Sektors“ haben vor, ihre Erfahrung des Jahres 2014 einzusetzen, als sie radikalen Terrorismus und Akte der systematischen Einschüchterung bei der Vorbereitung des gewaltsamen Staatsstreiches im Land demonstriert haben.

Nach vorliegenden Informationen geht im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ eine **Ermittlung zum Fall von Durchsickern von Fotos, die zum dienstlichen Gebrauch vorgesehen** waren und die Ausbildung von Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte zur Installation von als zivile Objekte getarnten selbstgebauten Sprengeinrichtungen demonstrierten, weiter. So folgt aus festgestellten Umständen, dass ein Mitarbeiter des Pressedienstes die Fotos an das 74. Zentrum für informationspsychologische Operationen schickte, dessen Propagandisten sie ohne nachzudenken an Vertreter von

Informationsagenturen übergaben und sie auf von ihnen kontrollierten Accounts im Internet veröffentlichten. Der Kommandeur der OOS Krawtschenko befahl einer Gruppe des 74. Zentrums für informationspsychologische Operationen, die sich in der OOS-Zone befindet, die Arbeit einzustellen und die bisher genutzten Accounts zu blockieren. Dabei wurde die zuständige Person, die die dienstlichen Fotos veröffentlichte, bis jetzt nicht ermittelt.

Es besteht weiter ein **niedriges Niveau der Disziplin in den Einheiten in der OOS-Zone** und die Unfähigkeit der ukrainischen Kommandeure, eine Kontrolle über ihre Untergebenen zu gewährleisten. Die Statistik der Verkehrsunfälle im ersten Halbjahr 2020 zeugt davon, dass die ukrainischen Kämpfer die einfachsten Verkehrsregeln vergessen und ihr

Selbsterhaltungsinstinkt abstumpft. **In den ersten sechs Monaten dieses Jahres starben aufgrund von Unfällen unter Beteiligung von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte 22 Menschen, 68 wurden verletzt.** In der Mehrzahl der Fälle versuchen die Soldaten vor Ort Absprachen zu treffen, versuchen sich freizukaufen oder drohen anderen Verkehrsteilnehmern mit Vergeltung. Wir rufen die Bürger, die Zeugen von Vorfällen wurden, auf, diese Fälle festzuhalten, sich mit Anzeigen an die Polizei und die Ermittlungsorgane zu wenden und sie auch zu veröffentlichen, indem sie Fotos und Videos in den sozialen Netzwerken einstellen.

Mit Beginn der Urlaubssaison verlassen ukrainische Kämpfer eigenmächtig die Stationierungsgebiete, um müßig Zeit zu verbringen. So haben im 18. Bataillon der 35. Brigade 27 Soldaten eigenmächtig den Truppenteil verlassen. Der Brigadekommandeur Palas

konnte diesen Sachverhalt nicht verheimlichen und erstellt derzeit Dokumente zur Entlassung von 17 Matrosen, die seit mehr als zehn Tagen eigenmächtig den Truppenteil verlassen haben. Die ukrainischen Kämpfer lassen Positionen zurück und nehmen Waffen mit. So ist Makarow, der die Positionen der 57. Brigade verlassen hatte, nach einem Tag ohne seine Dienstwaffe zurückgekehrt. Bei einer Ermittlung durch Mitarbeiter der militärischen Rechtsordnungsdienstes wurde festgestellt, dass Makarow zwei Tage in der Einheit fehlte, müßig Zeit in Pokrowsk verbrachte, die Waffe verlor er bei einem Überfall von nicht ermittelten Funktionsträgern.

Nicht besser ist die Lage der Dinge in den Einheiten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ im Hinterland. So ist der Leutnant des medizinischen Dienstes Kogut, der zum 61. Militärhospital in Mariupol als Anästhesist abkommandiert ist, geflohen, nachdem eine Kontrolle eine Kontrolle einen Fehlbestand ihm zugeordneter Betäubungsmittel festgestellt hatte.

Wir stellen eine **Zunahme der Zahl von Coronavirusinfektionen in den Brigaden der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“** fest, wo in der letzten Woche 120 Soldaten mit einer bestätigten COVID-19-Diagnose ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Die größte Zahl von Infektionsfällen besteht in der 10. Brigade, aus der 63 Kämpfer in das 61. militärmedizinische Hospital in Mariupol eingeliefert wurden. Außerdem wurden 36 Soldaten der 54. und 57. Brigade mit der Diagnose atypische Lungenentzündung in das 66. militärmedizinische Hospital in Pokrowsk eingeliefert. Wir lenken die Aufmerksamkeit darauf, dass die infizierten Kämpfer in Awdejewka und Kalinowka entdeckt wurden, wo sie während des Besuchs von Geschäften sowie bei der Durchsuchung von zivilen Fahrzeugen an Checkpoints bei der Einfahrt in die genannten Ortschaften mit örtlichen Einwohnern in Kontakt waren.

Wir rufen die örtliche Bevölkerung auf, aufgrund der Ansteckungsgefahr äußerst wachsam zu sein und Kontakt mit ukrainischen Soldaten, die keine Schutzmittel tragen und die soziale Distanz nicht einhalten, zu vermeiden.

Wir haben Informationen erhalten, dass **das von der Ukraine durchgeführte Programm für ermäßigte Studienplätze in Bildungseinrichtungen für Abiturienten der Republik von Mitarbeitern der SBU betreut** wird, die für das Programm „Du wirst zu Hause erwartet“ verantwortlich sind, bei dem durch verschiedene Mittel Einwohner der Republik auf von der Ukraine kontrolliertes Territorium gelockt werden, um sie dann bezüglich Verbrechen gegen die Ukraine und Separatismus zu beschuldigen. Wir wissen, dass die jungen Leute, die auf den versprochenen Ausbildungszugang eingehen, von Vertretern des SBU genutzt werden, um Druck auf Verwandte auszuüben und die Republik zu diskreditieren. Wir schließen nicht aus, dass in der nächsten Zeit Videoreportagen unter Beteiligung junger Personen erscheinen werden, die dieses Programm genutzt haben und sich negativ in Bezug auf die Politik der Führung der Republik äußern werden.

Im Juni betrogen die kampfbedingten Verluste des Gegners infolge von adäquaten Maßnahmen unserer Verteidiger zum Schutz der Bürger der Republik neun Tote und 33 Verletzte, es wurden fünf Stück Panzertechnik, davon zwei Schützenpanzer, ein Lastwagen mit Munition sowie drei Mörser des Kalibers 120 und 82mm vernichtet.

Im letzten Monat betrogen **die nicht kampfbedingten Verluste des Gegners 82, davon 25 Tote, 57 unterschiedlich schwer Verletzte**. Ursache der nicht kampfbedingten Verluste des Gegners waren: unvorsichtiger Umgang mit der Waffe, Nichteinhaltung von Sicherheitsbestimmungen beim Umgang mit Waffen und Munition, Konflikte mit der örtlichen Bevölkerung und Nationalisten sowie Drogen- und Alkoholkonsum.

In den Einheiten der Volksmiliz der DVR gehen die regelmäßigen Übungen zur militärischen Ausbildung weiter. Auf den Übungsplätzen der Republik fanden Übungen mit Mechanikern/Fahrern statt, bei denen Übungen zum Fahren in zerklüfteten Örtlichkeiten, Auffahrt auf eine Grabenwehr, Fahrt über eine Gleisbrücke und die Überwindung von Gräben

durchgeführt wurden.

Außerdem fanden Übungen mit Artilleriemannschaften statt. Das Personal zeigte hohe professionelle Fertigkeiten und die Fähigkeit zur Abwehr einer Aggression des Gegners.

Ukrinform.de: **In Berlin begann „Normandie-Treffen“ auf Ebene politischer Berater**

In Berlin begann „Normandie-Treffen“ auf Ebene politischer Berater

Am Freitag finden in Berlin Verhandlungen im Normandie-Format auf der Ebene der politischen Berater statt, bestätigte heute der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert. Darüber berichtet die Ukrinform-Korrespondentin in Deutschland.

„Ich kann bestätigen, dass ein solches Treffen wirklich stattfindet. Aber Treffen auf Arbeitsebene sind normalerweise für die Presse geschlossen“, sagte Seibert.

Die ukrainische Seite vertritt der Leiter des Präsidentenbüros Andrij Jermak.

Aus Russland kam in die deutsche Hauptstadt der stellvertretende Leiter der Präsidialverwaltung Dmitry Kosak.

Laut dem Pressedienst des Büros des ukrainischen Präsidenten sollen beim Treffen die Fortschritte in der Arbeit der Trilateralen Kontaktgruppe, der Stand der Umsetzung der Vereinbarungen des Dezember-Gipfelstreffens im Normandie-Format in Paris und die Aussichten für die Abhaltung des nächsten Treffens der Staatschefs des „Normandie-Quartetts“ in Berlin erörtert werden.

mil-Inf.info: **Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin über die Situation an der Kontaktlinie vom 27. Juni bis 3. Juli 2020**

Guten Tag! Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK hat der Gegner **in den letzten 24 Stunden einmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Heute haben Kämpfer der 93. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinskij **Golubowskoje** und **Beresowskoje** mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen und 15 Geschosse auf die Ortschaften abgefeuert.

Durch Beschuss wurden zwei Wohnhäuser in Beresowskoje in der Kirow-Straße 34 und 35 beschädigt, außerdem erlitt eine Frau, geb. 1967, wohnhaft in Glubowskoje Schirowkaja-Straße 21, Streifverletzungen am Kopf. Die Verletzte hat operativ ärztliche Hilfe erhalten.

Zusätzliche Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden von unseren Beobachtern noch ermittelt.

Insgesamt haben die BFU **in der letzten Woche dreimal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Beschossen wurden **Kalinowka**, **Frunse** und **Golubowskoje**. Geschossen wurde mit Mörsern des Kalibers 120mm, Schützenpanzerwaffen und großkalibrigen Maschinengewehren.

Im Ergebnis eines Beschusses von Frunse wurde **ein Zivilist, geb. 1998 verletzt**, außerdem wurden beim Beschuss von Golubowskoje drei Wohnhäuser in der Schewtschenko-Straße 8, 23 und der Posochow-Straße 50 beschädigt.

Der Gegner stationiert weiter **Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und Infrastrukturobjekten** und gefährdet so örtliche Einwohner.

In der letzten Woche hat unsere Aufklärung folgende Stationierungen entdeckt:
drei Abwehrgeschütze;

2 122mm-Haubitzen Gwosdika;

10 120mm-Mörser;

6 Schützenpanzerwagen;

8 Schützenpanzer.

Diese Information wird auch von der OSZE bestätigt....

Unsere Aufklärung entdeckt weiter Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind, entlang der Kontaktlinie:

in Nowoswanowka – sechs Schützenpanzer;

in Trjochisbjenka – eine Feuerpositionen einer Mörserbatterie;

in Krjakowka – drei Schützenpanzer....

Nach Informationen einer Quelle im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ **betrogen die nicht kampfbedingten Verluste der Gruppierung im Juni 2020 zehn Tote und 18 Verletzte. ...**

de.sputniknews.com: **240 schwere Tarnkappenbomber würden reichen – Bericht aus den USA**

Die vielen Bilder, Graphiken und Tabellen sehen überzeugend aus. Doch wenn man den Bericht des Mitchell Institute for Aerospace Studies liest, wird man das Gefühl nicht los, dass die 45-Seiten-dicke Akte nur einem Zweck dient: Dem amerikanischen Steuerzahler so viele neue Bomber verkaufen wie möglich.

Mark Gansinger, Ex-Offizier der US Air Force, hat eine Flugerfahrung von 3600 Stunden mit der Boeing B-52 Stratofortress. Zudem war der Mann nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst im Pentagon tätig, schreibt das Fachportal „Aviation Explorer“. Gansinger ist also einer, auf dessen Kompetenz man sich verlassen möchte, wenn es um militärische Luftfahrt geht. Kürzlich hat er für das Mitchell Institute for Aerospace Studies einen Bericht veröffentlicht mit einem Konzept eines fernen Luftschlags gegen China und Russland.

Demnach benötigt die amerikanische Luftwaffe, um erfolgreich mit neuen Bedrohungen in der Welt umgehen zu können, mindestens 316 strategische Langstreckenbomber: 76 Exemplare der B-52H Stratofortress und 240 neue Tarnkappenbomber B-21 Raider.

Gegenwärtig verfügt die US Air Force über insgesamt 158 Langstreckenbomber (B-52, B-1B und B-2).

Gansinger fordert also nicht weniger als eine Verdoppelung der amerikanischen Bomberflotte. Dies begründet der ehemalige Bomberpilot mit der Notwendigkeit, auf Luftschläge tief im chinesischen und im russischen Hinterland vorbereitet zu sein. Um die starke Flugabwehr der Gegner zu überwinden, seien Tarnkappenbomber wie die B-21 Raider in großer Stückzahl erforderlich.

Die B-21 Raider ist ein Unterschallbomber für Ferneinsätze mit hoher konventioneller und nuklearer Waffenlast. Der Erstflug ist für 2021 vorgesehen. Bei der Entwicklung wird großer Wert auf die Tarnkappenfähigkeit gelegt. Die US Air Force plant, in den nächsten 20 Jahren genau 100 dieser Maschinen zu beschaffen. Der Stückpreis beläuft sich vorläufig auf 550 Millionen Dollar.

Bisher ungeklärt ist die Frage, ob der amerikanische Zukunftsbomber über ausreichende Tarnkappenfähigkeiten verfügen wird, um die russische Flugabwehr überwinden zu können. Nach Plänen der USAF soll die B-21 Raider bis Mitte-Ende der 2020er Jahre ihre vorläufige Einsatzfähigkeit erreichen. Bis dahin wird die russische Flugabwehr ihre Fähigkeiten durch die Dienst Einführung neuer Abwehrsysteme vielfach gesteigert haben.

Es geht dabei um Raketensysteme S-500, S-350 und voraussichtlich um eine modernisierte Version des S-400. Diese Waffenanlagen wirken gegen konventionelle Ziele ebenso wie gegen Tarnkappenobjekte, schreibt „Aviation Explorer“. Oder mit den Worten des russischen Verteidigungsministeriums: „Unsichtbar sind die unsichtbaren Kampffjets der US Air Force einzig und allein für die amerikanischen Steuerzahler.“



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32606/47/326064798_0:-1:1000:541_1000x541_80_0_0_d9b97d4b6d4ac99e5437c7578f91857d.jpg

dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin zeichnete 55 medizinische Beschäftigte der Republik mit staatlichen Auszeichnungen aufgrund ihres Kampfes gegen die Coronavirusinfektion aus.

„Ich überreichte staatliche Auszeichnungen an medizinische Beschäftigte der Republik, die mit dem Coronavirus Erkrankten Hilfe leisten“, heißt es auf dem offiziellen Telegram-Kanal des Staatsoberhauptes. „Diese Menschen kämpfen ohne ihre Kräfte zu schonen gegen einen unsichtbaren Feind. Dank ihrer professionellen organisierten Handlungen war und bleibt die epidemiologische Situation in der Republik kontrollierbar“.

Insgesamt wurden 55 medizinische Mitarbeiter ausgezeichnet, darunter zwei Feldscher – Wassilij Kosse und Swetlana Kowaljewa – postum.

„Ein weiteres Mal danke ich den Ärzten, Krankenschwestern, Feldschern, Sanitätern, Laboranten und allen Beteiligten für ihren persönlichen Beitrag im Kampf gegen das Coronavirus. Riesigen Dank“, unterstrich Puschilin.

de.sputniknews.com: Corona-Anstieg in Serbien: Notstand in Belgrad ausgerufen

Nach der Rede des serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic und friedlichen Studentenprotesten in der Nacht auf Freitag hat die Stadtverwaltung von Belgrad angesichts des Anstiegs der Coronafall-Zahlen den Notstand in der serbischen Hauptstadt verhängt.

Am Donnerstagabend hatte der serbische Präsident, Aleksandar Vucic, bekannt gegeben, dass das Nichttragen von Schutzmasken in Innenräumen von nun an Geldstrafen nach sich ziehen würde. Außerdem sollten die Nachtclubs und Studentenwohnheime angesichts der steigenden Coronafall-Zahlen geschlossen werden. Der zentralste Infektionsherd im Lande sei Belgrad, wo 82,5 Prozent der Infizierten herkommen würden, erklärte Vucic.

Studenten demonstrieren – und dürfen in Wohnheimen bleiben

Daraufhin veranstalteten Studenten, deren Wohnheime sich in Belgrad befinden, in der Nacht auf Freitag einen Protestmarsch in der serbischen Hauptstadt, der vor dem Parlamentsgebäude endete. Die Protestierenden forderten, die Wohnheime nicht zu schießen, da derzeit noch Prüfungen im Gange seien.

Später berichteten die lokalen Medien, dass das Staatsoberhaupt Kontakt mit den Studentenanführern aufgenommen hatte. Die Gesprächsparteien einigten sich darauf, dass die Studenten in ihren Heimen bleiben dürften. Allerdings sollten die Einschränkungsregeln verschärft werden, hieß es.

„Der Belgrader Bürgermeister, Zoran Radojicic, hat auf Vorschlag des Notstandsstabs beschlossen, den Notstand in Belgrad auszurufen, um Vorbeugungsmaßnahmen durchzuführen und die Sicherheit und das Leben der Bevölkerung zu schützen. Der Beschluss tritt heute in Kraft“, heißt es in einer Mitteilung der Stadtverwaltung, die am Freitag publik gemacht wurde.

Demnach werden die Nachtclubs zwei Wochen lang von 23.00 Uhr bis 6.00 Uhr geschlossen

bleiben. Dasselbe gilt für Cafés und Restaurants, die keine offenen Terrassen haben. In den Studentenheimen solle vermehrt kontrolliert werden, ob die Einschränkungsmaßnahmen befolgt werden. Zudem sollen diejenigen, die in Einkaufszentren und in den Öffentlichen Verkehrsmitteln keine Schutzmasken tragen, mit einer Geldstrafe von 5000 serbischen Dinar (etwa 43 Euro) belegt werden.

Corona-Anstieg in Serbien

Die Zahl der Covid-19-Infizierten in Serbien, wie auch in anderen Ländern des Westbalkans, steigt bereits seit einigen Wochen weiter. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist das sowohl auf die Lockerung der Einschränkungsmaßnahmen durch die Behörden als auch auf die Nichteinhaltung der Vorschriften durch die Bevölkerung zurückzuführen. Am Freitag gab es in Serbien 359 Neuinfizierungen, sechs Patienten sind gestorben. Dies entspricht den Werten, die im Zeitraum von März bis Mai zu verzeichnen waren, als ein Notstand im Lande ausgerufen wurde. Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie 15.195 Ansteckungen mit Corona im Land bestätigt. Die Gesamtzahl der Todesfälle beträgt 287. Die maximale Zahl der Corona-Toten pro Tag in den Ländern des Westbalkans hatte zur Zeit des Pandemiehöhepunktes im März und April etwa zehn betragen.

Seit dem 30. Juni hatte der serbische nationale Krisenstab zur Bekämpfung des Coronavirus die Maskenpflicht für alle geschlossenen Räume in Belgrad eingeführt.

Zuvor war der Notstand auch in den Städten Vranje, Tutin, Novi Pazar, Ivanjica sowie in der viertgrößten Stadt Serbiens, Kragujevac, verhängt worden. In Belgrad wurden zwei medizinische Diagnosestellen eröffnet, die rund um die Uhr in Betrieb waren. In zwei Krankenhäusern werden ausschließlich Covid-19-Patienten behandelt.

Am vergangenen Samstag hatte das serbische Verteidigungsministerium bekanntgegeben, sein Leiter, Aleksandar Vulin, sei positiv auf das Coronavirus getestet worden und habe sich in die Selbstisolation begeben. Auch der Chef des Büros für Angelegenheiten von Kosovo und Metochien, Marko Đurić, befindet sich in häuslicher Quarantäne. Die Parlamentspräsidentin, Maja Gojkovic, die ebenfalls mit Covid-19 infiziert ist, hat eine Lungenentzündung und wird in einem Krankenhaus behandelt. Dem Staatspräsidenten, Aleksandar Vucic, geht es nach Angaben seiner Pressesprecherin gut.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32745/17/327451712_0:92:3072:1754_1000x541_80_0_0_a8a9ffe1cc4a0d3f4ca663dabba9c6bf.jpg

Denis-pushilin.ru: Den Krieg zu beenden, bedeutet für die Ukraine, ihre Niederlage und ihr Unrecht zuzugeben, deshalb ist es für Kiew günstig, sich hinter Kampfhandlungen zu verstecken, erklärte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin in einem Interview mit dem Radiosender „Goworit Moskwa“.

„Die Einwohner des Donbass erwägen nicht die Möglichkeit einer Wiedervereinigung mit Kiew. Uns ist die russophobe und neonazistische Ideologie der Ukraine fremd, wir haben ein anderes Verhältnis zu moralischen Normen, Traditionen, historischen Werten. Die Zukunft des

Donbass ist mit Russland verbunden. Heute sind wir auf eine Verstärkung der Integrationsprozesse mit der RF ausgerichtet, die Perspektiven einer Rückkehr in den Staatsverband der Ukraine sind gleich Null.

Die Ukraine demonstriert offen, dass sie nicht die Absicht hat, auf konstruktive Schritte zu einer friedlichen Regelung des Konflikts einzugehen. Eine solche Position ist für die Kiewer Regierung günstig. Sie versteckt sich hinter Kriegshandlungen, die, um es genau zu sagen, gerade von der ukrainischen Führung entfacht wurden, sie verstecken ihr politisches Scheitern und tarnen die eigene Ineffektivität“, unterstrich Denis Puschilin.

Nach seinen Worten helfen die Kriegshandlungen im Donbass der Ukraine, Unterstützung aus westlichen Ländern zu erhalten.

„Die Ukraine hat jetzt Schulden am Rand des Bankrotts, der Krieg hilft ihr, sich ‚über Wasser zu halten‘. Falls der Konflikt sich erschöpft, wird es nicht mehr die Unterstützung geben, die die westlichen Partner ihr jetzt leisten. Und das bedeutet, dass sie die wesentliche Finanzierungsquelle – Kredite von internationalen Organisationen – verlieren wird.

Außerdem bedeutet den Krieg zu beenden für Ukraine, ihre Niederlage und ihr Unrecht zuzugeben. Seit 2014 hat Kiew seine Informationspolitik auf folgenden Hauptthesen aufgebaut: Der Donbass ist von Russland besetzt, alles Elend hat Russland verursacht“, sagte das Oberhaupt der DVR.

Denis Puschilin unterstrich, dass die ukrainische Regierung die andersdenkenden Einwohner der DVR fürchtet.

„Hier hat sich in einigen Jahre eine neue Gemeinschaft von Menschen mit russländischer, russischer Mentalität gebildet, die im Fall einer Wiederherstellung der früheren Grenzen die Reste der ukrainischen Staatlichkeit von innen zerstören würde. Genau das fürchtet Kiew am meisten“, fasste das Oberhaupt der DVR zusammen.

abends:

de.sputniknews.com: Großrazzia in Umfeld von Ex-Reservist der Bundeswehr

Nach dem Fund einer Liste mit Politikernamen bei einem ehemaligen Reservisten der Bundeswehr hat die Staatsanwaltschaft Lüneburg Ermittlungen gegen fünf Beschuldigte eingeleitet. Es soll ein Verdacht wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz bestehen.

Wir ermitteln wegen des Anfangsverdachts eines Verstoßes gegen das Waffengesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz“, sagte eine Sprecherin der Anklagebehörde dazu am Freitag. Seit dem Morgen würden insgesamt neun Objekte in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern durchsucht. Der Ex-Reservist wird wegen Rechtsextremismus verdächtigt.

Das Ziel sei es, Waffen und Waffenteile zu finden, hatte das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ zuvor gemeldet. Während der Razzia ergaben sich weitere Verdachtsmomente. Auch bei einer Frau in Bückeburg habe es eine Durchsuchung gegeben, sagte die Sprecherin der Staatsanwaltschaft.

Liste mit Spitzenpolitikern

Bei dem Mann hatte der Militäргеheimdienst MAD laut „Spiegel“ eine Liste mit Telefonnummern, Adressen und anderen privaten Daten von 17 deutschen Spitzenpolitikern und Prominenten gefunden, die schon länger in rechtsextremen Kreisen kursieren soll.

Außerdem habe der MAD auf seinem Handy zwei Chats mit anderen Rechtsextremen festgestellt. Daraufhin soll er sofort aus einem laufenden Einsatz als Reservist genommen worden sein. Nach Recherchen des „Spiegel“ soll er in einer Bundeswehrkaserne in Munster (Heidekreis) gewesen sein.

„Die Liste ist nicht Teil dieses Verfahrens“, sagte dazu die Sprecherin der Staatsanwaltschaft Lüneburg. „Unser Fokus liegt zunächst auf den möglichen Verstößen gegen das Waffen- und

das Kriegswaffenkontrollgesetz.“ Auch nach Munition würde gesucht.
Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte sich nach dem Fund der Liste erschüttert
gezeigt. Der Fall bestätige, dass die größte Bedrohung in der Bundesrepublik der
Rechtsextremismus sei, so Seehofer.